

Vertrauen und Verantwortung für die GdP! Danke für eure Stimmen!

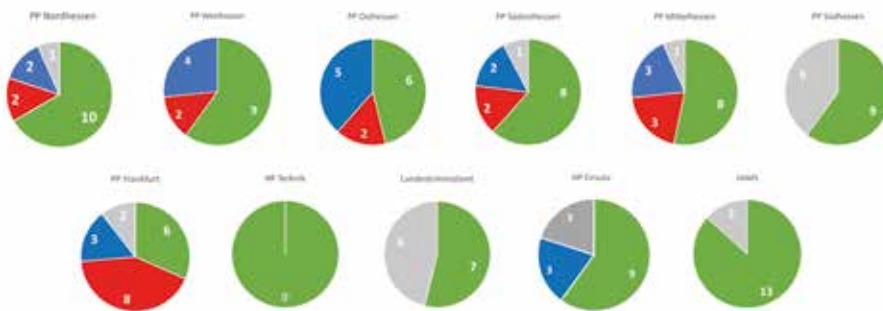
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Personalratswahlen wurden im Bereich der Polizei vom 17. bis 23. Mai durchgeführt. Die Ergebnisse und damit die Sitzverteilung haben wir in dieser Ausgabe grafisch dargestellt. Derzeit sind wir und die Bezirksgruppen dabei, in die Analyse der Ergebnisse einzusteigen. Es gilt, neben Schwachstellen auch Stärken zu identifizieren, um uns möglichst umfassend ein Bild über den Wählerwillen zu machen. Eines darf und muss an dieser Stelle aber ungeschönt festgehalten werden: Wir sind enttäuscht, dass zu viele Wählerinnen und Wähler „ihre Stimmen haben liegen lassen“ und weder die Möglichkeit der Briefwahl noch die Möglichkeit der Urnenwahl genutzt haben. Indikator demokratischer Strukturen sind nun mal freie und unabhängige Wahlen. Dies gilt nicht nur für

Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahlen. Es gilt im Besonderen auch für Personalratswahlen. Ich hoffe inständig, dass viele „Nichtwählerinnen und Nichtwähler“ diese Zeilen verstehen und beim nächsten Mal ihr Wahlrecht wahrnehmen. Positiv darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass unseren Kolleginnen und Kollegen in den örtlichen Wahlvorständen und im Hauptwahlvorstand ein großes Dankeschön gebührt. Dank dafür, dass die Wahlen rückblickend reibungslos und ohne Beeinträchtigungen verliefen. Viele von euch haben auch Freizeit investiert, habt lieben Dank für das Engagement. Gleiches Lob gehört den kandidierenden Menschen, ob Tarifbeschäftigte oder Beamtinnen und Beamte, der GdP-Liste. Ihr habt mit euren Bildern und Stimmen dafür

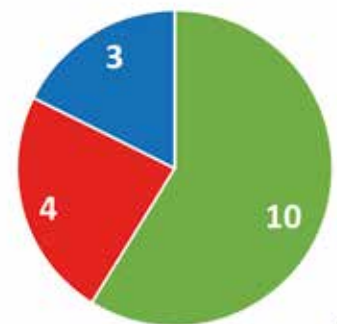
mit gesorgt, dass Polizeibeschäftigte wählen gehen und ihre Stimmen abgeben. Mehr noch: Ihr stellt euch jetzt in den Dienst der Personalräte und damit in den Dienst der Beschäftigten. Das Wahlamt auf Zeit dauert jetzt vier Jahre und es gilt, viele Problemstellungen zu meistern. Egal ob im Hauptpersonalrat oder in den örtlichen Personalräten der Polizeibehörden seid ihr es nun, die im Ringen um die besten Lösungen auf Augenhöhe mit Minister und Staatssekretär sowie den Behördenleitungen Aufgaben und Verantwortung übernehmen werdet. Die meisten von euch machen Personalratsarbeit im Nebenamt und damit zusätzlich zu den Arbeitsbelastungen des Alltags. Mein Wunsch an dieser Stelle ist klar: Hoffentlich haben wir Vorgesetzte, die es braucht, um dieses Ehren-

Ergebnis in den Präsidien



Legende: **GdP** **BDK** **DPoIG** freie oder gemeinsame Liste

Ergebnis Hauptpersonalrat



GdP **BDK** **DPoIG**



DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



amt auch entsprechend der bewältigenden Aufgaben ohne Druck ausüben zu können. Die GdP-Personalräte sind Zuhörer, Kümmerer, Netzwerker, Vermittler und Verantwortungsträger. Genau darum geht es: Verantwortung zu übernehmen. Andere mögen sich wegducken und darüber schimpfen, alles sei zu wenig und nichts passiere. Die GdP-Personalräte stehen zu ihrer Verantwortung, Ideen zu entwickeln, Vorschläge zu erarbeiten und hart an Kompromissen mitzuwirken. Liebe Vorgesetzte: Gebt unseren gewählten Personalratsmitgliedern Rückendeckung und insbesondere die erforderliche Zeit, die es zur Ausübung dieses essenziellen Mandats auch braucht! Herausforderungen in Sachen Polizeinachwuchs, Attraktivität unseres Berufes und des schnellen demografischen Wandels gilt es gemeinsam zu stemmen. Behördenleitungen und Personalräte tun dies, gemein-



sam im Wege der vertrauensvollen Zusammenarbeit, so wie es das HPVG auch vorsieht.

Ich freue mich sehr auf die kommenden vier Jahre Personalratsarbeit im Hauptpersonalrat der hessischen Polizei. Keine Frage: Unser Team der GdP ist breit aufgestellt, motiviert und erfahren. Gleiches gilt für die gewählten Mandatsträger in den Polizeibehörden. Ob Tarif, Vollzug oder Verwaltung – es sind Kolleginnen und Kollegen, die Lust auf Zukunft, auf Gestaltung und auf Verantwortung haben. Im Zusammenwirken, Hauptpersonalrat und örtliche Personalräte, werden wir das Vertrauen, aber auch die Verantwortung, die ihr uns, liebe Wählerinnen und Wähler, gegeben habt, gewissenhaft und gewinnbringend nutzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, habt vielen lieben Dank für eurer Votum für eure GdP.

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender

Hauptpersonalrat der hessischen Polizei neu aufgestellt

Am 27. Mai fand die konstituierende Sitzung des HPR der Polizei im Innenministerium Wiesbaden statt. Das landesweite Wahlergebnis finden geneigte Leserinnen und Leser in dieser Ausgabe. Das Wahlergebnis, welches für die GdP solide wie in den zurückliegenden Jahren auch war, brachte keine Überraschungen in der Zusammensetzung des Gremiums. Der Vorsitzende des Hauptwahlvorstandes, Peter Vitze, führte gekonnt und solide durch die gesamte konstituierende Sitzung, natürlich auf explizierten Wunsch des Gremiums.

Die Wahlen brachten folgendes Ergebnis: Zum neuen HPR-Vorsitzenden wurde Daniel Klimpke, bis Personalratsvorsitzender des PP Westhessen, gewählt. Ihm zur Seite stehen werden Jens Mohrherr als stellv. Vorsitzender sowie Guido Grund. Komplettiert wird die Riege durch unsere geschätzte Mitarbeiterin im HPR-Büro, Leona Schönke. Dem Hauptwahlvorstand, vertreten durch den Vorsitzenden Peter Vitze, wurde für die gute Arbeit seines Gremiums gedankt. Karsten Bech, der bisherige Chef im HPR, wurde ebenfalls für seine Amtszeit gedankt. Er bleibt dem Gremium bis zu seiner Pensionierung im Mai nächsten Jahres als ordentliches Mitglied erhalten.

Jens Mohrherr



Karsten Bech, Daniel Klimpke, Jens Mohrherr



Sicherheit kostet Geld – Haushalt muss Sicherheit abbilden! Verfassungskonform!

Die Einhaltung der Schuldenbremse, in der Hessischen Verfassung Art. 141 manifestiert, darf nicht ausschließlich Richtschnur der Abgeordneten des Hessischen Landtages (Haushaltsgesetzgeber) sein. Die verfassungswidrige Besoldung, festgelegt zuletzt durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof 30. November 2021 und zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe überwiesen, bedarf ebenfalls einer Berücksichtigung. Denn: Das Land Hessen ist durch das Grundgesetz verpflichtet, seine Beamtinnen und Beamten angemessen zu besolden. Das Bundesverfassungsgericht hat verschiedene Kriterien entwickelt, mit deren Hilfe die Angemessenheit der Beamtensbesoldung überprüft werden kann.

So weit, so gut. Die Vorstellung des erforderlichen Nachtragshaushalts durch Finanzminister Lorz am 23. Mai 2024 lässt aufhorchen. Ohne überhaupt ein Wort zur verfassungswidrigen Besoldung zu verlieren. Der Nachtragshaushalt 2024 ist aber auch ein Haushalt neuer, allerdings streng Schuldenbremsen-konformer, Schulden. Irgendetwas an der aktuellen Haushaltspolitik der Landesregierung „läuft schief“!

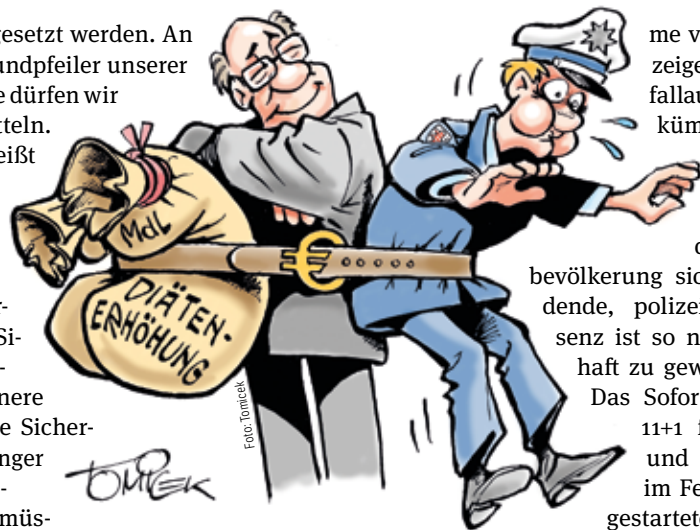
Forderungen an den Landeshaushalt 2025

Auch im nächsten Jahr 2025 steht der hessische Landeshaushalt vor Herausforderungen. Nahostkrieg und Krieg in der Ukraine sind „nur zwei außenpolitische“ Faktoren, die auch den Landeshaushalt belasten und Investitionsspielräume einengen. Personelle und materielle Defizite müssen gerade bei der Polizei nachhaltig angegangen und abgestellt werden. Äußere Sicherheit kann nicht ohne innere Sicherheit gedacht werden. Das Trennungsgebot ist bindend. Die Bundeswehr darf, abgesehen von Katastrophenfällen, nicht zur Lösung innerer Pro-

bleme eingesetzt werden. An diesem Grundpfeiler unserer Demokratie dürfen wir nicht rütteln. Aber das heißt nicht, dass wir angesichts der dramatisch veränderten Sicherheitssituation innere und äußere Sicherheit nicht enger zusammendenken müssen. Beide Akteure bringen unterschiedliche Fähigkeiten mit, die beispielsweise zur Cyber- und Terrorabwehr genutzt werden sollten, und die erforderlichen Mittel sind durch Länder und Bund bereitzustellen. Wir brauchen ein neues Sondervermögen, in dem nicht nur die äußere Sicherheit sichergestellt wird. Kriminalität findet immer öfter im digitalen Raum statt! Zur Digitalisierung der polizeilichen Abläufe muss dringend in externes Fachpersonal investiert werden. Die Herausforderungen sind allein mit dem vorhandenen, eigenen Personal nicht zu bewältigen.

Die Digitalisierung der Polizei schreitet voran – dringend benötigtes IT-Personal macht aufgrund der im Ländervergleich „schlechten Bezahlung“ einen Bogen um Hessen.

Die Sicherheitspakete I bis IV brachten bisher nicht die dringend benötigten personellen Entlastungen. Der Personalmalus wird bei der Vollzugspolizei immer deutlicher. Personal fehlt in Polizeistationen, in Revieren sowie bei Ermittlungsgruppen und Kommissariaten. Oft bleibt der Dienstgruppenleiter allein in der Station zurück, während sich im Zuständigkeitsgebiet ein oder zwei Streifen um Hilfsersuchen, Aufnah-



me von Strafanzeigen oder Unfallaufnahmen kümmern.

Eine vorbeugende, für die Wohnbevölkerung sichtbar werdende, polizeiliche Präsenz ist so nicht dauerhaft zu gewährleisten. Das Sofortprogramm 11+1 für Hessen und die damit im Februar 2024 gestartete Offensive gegen Kriminalität in In-

nenstädten kann nur mit zusätzlichem Personalaufwand und Zusatzdiensten in den teilnehmenden Städten kurzfristig für sichtbare Sicherheit sorgen. Die Forderung nach einer personell stärkeren Polizei an 365 Tagen im Jahr ist berechtigt.

Das Studium für angehende Polizei- und Kriminalkommissare an der HöMS (Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit) ist im föderalen Ländervergleich unattraktiv. Beleg dafür ist die Abbrecherquote von 20 % pro Einstellungsjahrgang. Eine Online-Befragung im Oktober 2023 bei Studierenden stellt fest, dass bezahlbarer Wohnraum vor Studienbeginn und studentische Wohnraumangebote von der HöMS gewünscht sind! Anwärterbezüge reichen bei Weitem nicht für das Anmieten angemessenen Wohnraums aus. Teilweise müssen Polizeianwärter neben dem Studium Arbeiten nachgehen, „um finanziell über die Runden zu kommen“. Der Campus in Wiesbaden ist „sichtbarer Beleg“, dass Investitionen in die Infrastruktur über Jahre ausblieben und „hochschulwürdige Studienbedingungen“ aufgrund „dieser Verhältnisse“ am Campus Wiesbaden mangelhaft sind.



Auf den Haushaltsantrag der SPD-Fraktion (DS 20/9971) vom Januar 2023 (jetzt Regierungsfraktion), der Wohnheime für Polizeianwärter forderte, wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

Der Polizeiberuf muss deutlich attraktiver gestaltet werden. Dazu gehören verfassungskonforme Besoldung, bessere Einkommensbedingungen für die Tarifbeschäftigten. Wir fordern ein nachhaltiges Höhergruppierungsprogramm für unsere Tarifbeschäftigten! Aktuell sind 90 % der Polizeibeschäftigten in den Entgeltgruppen EG 3 bis EG 9 eingruppiert. Die Tätigkeiten der Tarifbeschäftigten in der Polizei haben sich aufgrund der vielschichtigen Aufgaben der Vollzugspolizei sowohl quantitativ als auch qualitativ verändert. Arbeitsplatzbeschreibungen sind umgehend realitätsgerecht zu überarbeiten und die Beschäftigten dementsprechend höher einzugruppierten.

Drei Viertel der Vollzugsbeamtinnen und -beamten befindet sich im Eingangsamt oder im ersten Beförderungsamte (A 9/A 10). Weitere Hebungsprogramme für die Polizei (auch der Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten) mit Schwerpunkten in den Besol-

dungsgruppen A 11, A 12 und A 13 (wirksame Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen) sind erforderlich. Der Forderung nach Anerkennung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wird erneut Nachdruck verliehen. Die vorgesehene Erhöhung der Polizeizulage auf 160 Euro ist im Ländervergleich zu wenig. Wir fordern, die Polizeizulage auf 228 Euro pro Monat (Bundespolizei) zu erhöhen und die Ruhegehaltsfähigkeit sofort wiederherzustellen. Das Zulagenwesen muss auf den Prüfstand. Zulagen für geschlossene Einsatzeinheiten und die Überprüfung bestehender Zulagen im Bund-Länder-Vergleich müssen zur Folge haben, dass Hessen wieder ein attraktiver Arbeitgeber wird. Die Haushaltsanträge der SPD-Fraktion (jetzt Regierungsfraktion) vom Januar 2023 (DS 20/9969 und DS 20/9843) müssen in diesem Zusammenhang wieder aufgegriffen werden. Wir fordern für alle Polizeibeschäftigten die Einführung der 38,5-Stunden-Woche, um den Folgen durch die permanent steigenden Einsatzbelastungen endlich wirksam zu begegnen.

Gewalt gegen Polizeibeschäftigte steigt weiter an und das Ausmaß der Brutalität hat

signifikant zugenommen. 2023 wurden 5.000 Übergriffe auf Polizeibeschäftigte erfasst, mit teils gravierenden gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen. Hessen als Arbeitgeber ist nicht in der Lage, Präventionskuren für besonders belastete Organisationseinheiten in der Polizei in der dringend benötigten Anzahl bereitzustellen. Ganze 100 Plätze für Präventionskuren stehen 16.000 Polizeibeschäftigten pro Jahr zur Verfügung. Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle sind bei der Polizei aufgrund der oben angesprochenen personellen Unterdeckung im Schicht- und Wechselschichtdienst nicht anwendbar.

Zurück zum Anfang dieses Artikels: Die noch immer bestehende verfassungswidrige Besoldung beschädigt das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten. Gerade innerhalb der Polizei werden die Themen Leitbild sowie Führungs- und Fehlerkultur ständig strapaziert. Die Bediensteten fragen sich, ob die Bindung an Recht, Gesetz und Werte nur für sie gilt oder der Dienstherr und damit das Land Hessen sich auch damit identifizieren!

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender

Kostprobe Europa live

Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen.



Peter Vitze (links) mit „Liaison Officer“ Marcello Asta

Und wenn jemand eine Dienstreise tut, dann schreibt er was. So geschieht es auch hier. Ich fange am besten mal von vorn an. Die ersten Anfragen seitens der spanischen Kollegen kamen zu Beginn des lau-

fenden Jahres über die bewährten internationalen Polizeikanäle und gelangten so auch zu uns in den Main-Taunus-Kreis, da es hier ebenfalls Täterbezüge gab. Wir konnten bzgl. einer international agierenden Tätergruppierung (OK) auf Anfrage erste Informationen liefern und merkten schnell, dass insgesamt acht Staaten an der Konversation beteiligt waren. Das genau ist die Kernaufgabe des Europäischen Polizeiamtes mit Sitz im niederländischen Den Haag. Sie sollen die Arbeit der nationalen Polizeibehörden Europas im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität koordinieren und den Informationsaustausch zwischen den nationalen Polizeibehörden fördern. Für alle Ermittler hier bei uns ist das mittlerweile Tagsgeschäft.

Dieses Mal ging es allerdings noch etwas weiter. Kurze Zeit nach dem ersten Informa-

tionsaustausch wurde eine Anfrage gestellt, ob Interesse an einem „operational meeting“ in Den Haag bestehen würde. Die Initiative ergriff Spanien, teilte dies Europol mit. Sie wiederum schrieben die beteiligten Staaten an. Ein solches Meeting, das erfuhr ich später, steht fast immer am Anfang bei einer sich anbahnenden, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, welche über die polizeiliche Rechtshilfe hinausgeht. Im zweiten Schritt werden dann für weitere Maßnahmen auch die Justizbehörden und Gerichte des jeweiligen Landes zwingend mit eingebunden.

Da von Europol netterweise die Kosten der Reise für einen Ermittler aus Deutschland finanziert wurden, wurde das Haushaltsbudget des PP Westhessen nicht belastet und ich sagte zu. Dann stand der Termin fest, die Dienstreise wurde beantragt und genehmigt. Schon im Vorfeld nahm der „Liaison Officer“ **Marcello Asta** Kontakt mit mir auf, um die Formalien zu besprechen. Marcello ist ein deutscher Polizeibeamter im „Deutschen Verbindungsbüro bei Europol“, welcher u. a. diese Aufgabe hat und gerade seinen Dienst für vier Jahre in Den Haag versieht. Europol übernimmt komplett die Orga-



nisation und Buchung der Anreise zum Meeting sowie eine optionale Übernachtung. Da das Meeting von 9 bis 15 Uhr dauern sollte, war die Anreise für den Vortag geplant.

Relativ kurzfristig wurde die Tagesordnung versandt mit der Anmerkung: spoken language – English. Gut. Etwas anderes hatte ich nicht erwartet. Die Anreise am 14. Mai verlief problemlos, das Hotel war in direkter Nachbarschaft zum imposanten Europol-Gebäude, welches dort 2011 eröffnet und in Form einer Welle konzipiert wurde. Am Abend hatte ich noch etwas Zeit, mir das Gebäude von außen und auch den Strand in Scheveningen anzuschauen.

Nach dem Frühstück ging ich also zu Fuß zur europäischen Polizeibehörde und wurde dort nach entsprechender Sicherheitskontrolle durch Marcello in Empfang genommen. Er bot an, den ganzen Tag an meiner Seite zu verbringen, um auch bei eventuell auftretenden Sprachschwierigkeiten zu unterstützen. (Ich hatte etwas Bedenken.) Dann ging es schon los. Wir trafen uns im bestens ausgestatteten Meeting Room. Am Anfang stand nach einleitenden Worten des Moderators eine kurze Vorstellungsrunde. Spätestens nach meiner Aussage „I was born in the GDR. That’s why my Russian is better than my English. Maybe it will be useful someday.“ fühlte ich mich aufgrund der Lacher ein Stück lockerer. Die spanischen Kollegen hatten alles akribisch vorbereitet, ihre Powerpoint-Präsentation hatte 120 Folien. Jede teilnehmende Nation hatte anschließend einen Redebeitrag und stellte dar, wie sie involviert sind. Einige Kolleginnen und Kollegen waren zusätzlich per Stream zugeschaltet. Leider kann ich an dieser Stelle

nicht näher auf den Fall eingehen, aber im Fazit kann ich zumindest etwas Allgemeines sagen. Nach einer Mittagspause in der gut sortierten Kantine inklusive einiger Randgespräche ging es in eine offene Runde, welche zumindest am Ende kurzfristige, bilaterale Zusammenarbeiten in Aussicht stellte. Die Hürden für eine sofort startende europäische Zusammenarbeit sind grundsätzlich, lei-

der auch in diesem speziellen Fall, noch etwas zu hoch, aber die Zusammenarbeit ist zukünftig nicht ausgeschlossen.

Am Ende wurden noch Kontaktdaten ausgetauscht, natürlich dem Moderator gedankt, und ich ließ es mir nicht nehmen, Marcello eine GdP-Postkarte mit einem Dankeschön von mir zu überreichen, bevor ich meine Rückreise über Amsterdam Schiphol antrat.

Fazit

Eine Dienstreise bleibt immer eine Dienstreise und ist grundsätzlich kein Vergnügen. Nach zwei Tagen unterwegs und dem mir nicht vertrauten Zuhören und Sprechen in

Englisch, merkte ich doch, dass es anstrengend war.

Jedoch: Das persönliche Treffen und das Unterhalten können durch keine andere Kommunikation in diesen Fällen gänzlich ersetzt werden. Die grundsätzlichen Fakten waren zwar bekannt. Es kam aber aufgrund der Gespräche zu einigen Denkanstößen, die vorher nicht vorhanden waren. Und: Man muss nicht perfekt Englisch sprechen, um sich mit anderen auszutauschen. Wenn man sich die Liste der Mitgliedstaaten anschaut, merkt man schnell, dass nicht viele „native speaker“ darunter sind. Es hat sich allemal gelohnt, die Institution Europol zumindest kurz kennenzulernen. Wenn am Ende dieser Verbindung noch ein Ermittlungserfolg steht, wäre es perfekt.

Das Europäische Polizeiamt ist eine sehr wichtige Institution in Europa. Vieles funktioniert schon, wir bekommen dies in der täglichen Arbeit oft so gar nicht mit. Es ist wie mit dem Wasserhahn: Solange er läuft, ist alles gut. Nur wenn kein Wasser mehr kommt, merkt man es. **Diese Behörde der Europäischen Union ist wie die Union selbst eine starke Errungenschaft, welche es wert ist, sie zu bewahren und fortzuschreiben.** Ein großes Dankeschön geht auf diesem Weg noch mal an Marcello, der exklusiv auch eine Ausgabe unserer Zeitschrift „DP“ erhält. Dir eine gute Zeit in Den Haag!

Peter Vitze





Frauen in der GdP: Andrea Baumgardt im Interview

In der Reihe „Fragen an Frauen in der GdP“ geht es diesmal weiter mit Andrea Baumgardt von der Bezirksgruppe Nordhessen:

Liebe Andrea, stell dich doch bitte einmal kurz vor.

Andrea Baumgardt: Mein Name ist Andrea Baumgardt, ich bin 49 Jahre alt. Seit 2010 lebe ich im schönen Nordhessen, nachdem ich im mindestens genauso schönen Mittelhessen aufgewachsen bin. Als gelernte Erzieherin trat ich im Jahr 2002 meinen Dienst als Wachpolizistin im Bereich des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main an. Seit 2016 bin ich im PP Nordhessen tätig.

Seit wann arbeitest du aktiv in der GdP mit und was war deine Motivation, dich gewerkschaftlich zu engagieren?

Andrea Baumgardt: Meine aktive Zeit in der GdP begann, als mein damaliger Hundertschaftsführer in Frankfurt mich davon überzeugte, dass die GdP für mich die richtigen Ziele und Wertvorstellungen hat. Also trat ich 2006 in die GdP ein, allerdings war ich anfangs nur ein ganz „normales“ Mitglied. Dies war auch den 200 Kilometern zwischen Dienstort und Wohnort geschuldet.

Als ich dann 2016 meinen Dienstort nach Nordhessen verlegen konnte, wurde ich sehr nett vom hiesigen Personalrat Stefan Rüppel willkommen geheißen und war recht schnell als GdP-Vertrauensperson im Bereich der Wachpolizei tätig. So hat sich mein Weg in der GdP immer weiter fortgesetzt. Mittlerweile bin ich freigestellte Personalrätin und kann mich voll und ganz auf die Arbeit für die und mit den Kollegen konzentrieren.

Außerdem wurde ich 2023 zur Landesfrauenvorsitzenden des Landesverbandes Hessen gewählt.

Wo liegen, aus deiner Sicht, die Schwerpunkte in der Gewerkschaftsarbeit?

Andrea Baumgardt: Mein Schwerpunkt liegt definitiv in den tariflichen Bereichen.

Auf diesem Gebiet, aber natürlich auch in allen anderen Fragen des Personalrates, stehe ich gerne allen Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Wie hast du die GdP früher erlebt und wie erlebst du sie jetzt? Hat sich etwas an den politischen Schwerpunkten und der Ausrichtung der GdP geändert?

Andrea Baumgardt: Da ich früher ein eher passives Mitglied war, kann ich keine nennenswerten Vergleiche ziehen. Wichtig ist mir persönlich, dass heute alle Themen der GdP mit meinen Vorstellungen und Ideologien übereinstimmen.

Gibt es, subjektiv betrachtet, Unterschiede zwischen Mann und Frau im täglichen Dienst und in der GdP?

Andrea Baumgardt: Auf jeden Fall gibt es Unterschiede, aber die sind in meiner Wahrnehmung nicht problembehaftet. Unterschiede sind okay. Wir arbeiten alle zusammen, damit am Ende etwas Gutes bei der täglichen Arbeit rauskommt.

Hast du ein Motto, nach dem du lebst und arbeitest?

Andrea Baumgardt: Auch wenn das Motto sehr abgedroschen scheint, ist es für mich immer noch sehr zutreffend: Carpe diem! Nutze den Tag!

Hast du gewerkschaftliche Ziele, die du erreichen möchtest?

Andrea Baumgardt: Wichtig wäre für mich, dass wir im Tarifbereich Verbesserungen erzielen können. Als Beispiel fällt mir hier unter anderem die Anschlussverwendung der Wachpolizei ein. Ich möchte mich für die Wünsche und Belange meiner Kolleginnen und Kolle-



Foto: Andrea Baumgardt

gen einsetzen. Auch wenn man nicht immer das gewünschte Ziel in einer kurzen Zeit erreichen kann, lohnt es sich daran zu arbeiten und eine gute Lösung für alle zu finden.

Hast du einen Wunsch, den du in die GdP hereintragen möchtest?

Andrea Baumgardt: Ich wünsche mir, dass wir weiterhin bei den Tarifverhandlungen alles geben, um den TV-H zu einem guten Vertrag für unsere Tarifangestellten zu machen. Die Eingruppierungen in den Entgeltgruppen sollte noch mal überarbeitet werden, sodass z. B. unsere Pförtner oder auch die Tarifangestellten in den Geschäftszimmern ein gutes Gehalt bekommen, um als Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein gutes Auskommen zu haben.

Was kannst du anderen, vor allem jungen, Frauen mitgeben, damit diese sich gewerkschaftlich engagieren?



Andrea Baumgardt: Je mehr ich mich mit der GdP beschäftigt habe, umso mehr habe ich gemerkt, dass man deutlich mehr erreichen kann, wenn man sich selbst engagiert und einbringt. Denn nur „motzen“, ohne selbst etwas dafür zu tun, dass sich etwas verändert, führt meistens nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis. Dies gilt allerdings in meinen Augen nicht nur für junge Frauen, sondern für alle Beschäftigten.

Wie gelingt es dir, die Bereiche Arbeit, Familie und Gewerkschaftsarbeit „unter einen Hut zu bringen“?

Andrea Baumgardt: Gewerkschaftsarbeit ist ein Ehrenamt, dies bedeutet, dass viele Tätigkeiten die Dienstzeit überschreiten. Ein

gutes Zeitmanagement und die Unterstützung meines Mannes helfen mir dabei, alles unter einen Hut zu bekommen. Hier komme ich noch mal auf mein Motto zurück: „Carpe diem! Nutze den Tag!“

Wirst du von deinem Partner/von deiner Familie unterstützt für die ehrenamtliche Tätigkeit, wie ist deren Meinung dazu?

Andrea Baumgardt: Mein Mann unterstützt mich zu 100 Prozent. Die zu Hause anfallenden Aufgaben und Arbeiten teilen wir auf, sodass in unserer Freizeit genügend Zeit für uns, unsere Familien und Freunde übrig bleibt. Durch unsere unterschiedlichen Erlebnisse als Polizeibedienstete können wir uns über viele Themen austauschen. Da er

als Beamter im Polizeivollzugsdienst oft gewisse Punkte anders sieht und bewertet als ich als Tarifangestellte, werden die Probleme und Sichtweisen der Beamten für mich deutlicher und verständlicher.

Wir führen auch immer wieder gute Diskussionen, wo wir unsere Sichtweisen austauschen können. Dies ist in meinen Augen ein enormer Mehrwert, von dem ich in meiner Arbeit als Personalrätin erheblich profitieren kann. Da Gleiche gilt natürlich umgekehrt auch für meinen Mann.

Liebe Andrea, vielen Dank für das Ausfüllen des Fragebogens! Ich wünsche dir alle Gute für deine neuen Tätigkeiten!

Das Interview führte Nina Bachelier.

Pusten für einen guten Zweck!

Die GdP auf dem Hessentag in Fritzlar



Damals hat man uns als GdP Nordhessen verärgert, da das Landespolizeipräsidium uns zum Hessentag in Kassel 2015 nicht gestattete, einen Tag lang einen GdP-Stand am Tag der Polizei im Bereich des Polizeibistros aufzubauen. Das war für uns der Startschuss, gemeinsam mit dem DGB auf jedem Hessentag in Nordhessen, in Kassel, Hofgeismar, Korbach und nun in Fritzlar, uns zehn Tage auf die Hessentagsstraße mit einem Pavillon zu stellen. Wer uns einen Tag lang nicht ertragen kann, bekommt uns dann gleich alle zehn Tage. In diesem Jahr in Fritzlar haben wir als GdP sechs von zehn Tagen übernommen, an den anderen vier Tagen haben sich die GEW, ver.di, IB Metall und IG BCE geteilt.

Mit jeweils einer Früh- und einer Spätschicht, überwiegend gestellt von unseren Pensionären aus der Bezirksgruppe Nordhes-

sen sowie Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich, der Kreisgruppe Werra-Meißner und Fritzlar sowie der Jungen Gruppe, haben wir den Betreuungseinsatz gestemmt.

Die Firma Dräger hat uns als GdP drei hochmoderne Alcotests sowie Mundstücke dafür kostenfrei zur Verfügung gestellt. Vor dem GdP-Zelt haben wir dann das „Pusten für den guten Zweck“ für einen Euro angeboten. Jeder Euro wird dem Kinderhospiz in Fritzlar gestiftet. Bereits nach eineinhalb Tagen waren die ersten 800 Mundstücke verbraucht und wir mussten weitere 1.000 Mundstücke nachordern. Auch haben wir Tausende GdP-Malhefte zur Verkehrssicherheit an Kinderhände übergeben und an unsere kleinen Gäste in Mengen DGB-Gummibärchen verteilt. Über die Höhe der eingepussten Spenden werden wir nachberichten.

Des Weiteren konnten alle Kolleginnen und Kollegen, die sich auf dem Hessentag im Einsatz befanden, mit einem Kaffee oder einem kalten Getränk eine kleine Pause gönnen. Bedanken möchten wir uns bei Harald Zwick aus Mittelhessen und Uwe Nachtwei aus Frankfurt, die uns am Stand von außen unterstützt haben. Auch bei allen Helferinnen und Helfern aus der Bezirksgruppe Nordhessen möchte ich mich für den tollen Einsatz recht herzlich bedanken! Wir haben für die hessische Polizei und die GdP Hessen ein gutes Bild abgegeben.

Stefan Ruppel





Ableben eines Urgesteins der GdP Hessen

Am 18. April 2024 verstarb EPHK a. D. Bernhard LANGER im Alter von 89 Jahren.



Dort war er mehrere Jahre als Dienstgruppenleiter eingesetzt und in dieser Funktion auch zum POK befördert worden.

Bereits als junger Schutzmann war er im Januar 1954 in die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eingetreten und engagierte sich schon frühzeitig, um aus seiner Sicht notwendige Veränderungen innerhalb der hessischen Polizei auf den Weg zu bringen. Von seiner DGL-Funktion bei der zwischenzeitlich zur Polizeistation Gelnhausen umbenannten Dienststelle wechselte er 1973 in den Personalrat der aus den verschiedenen Polizeidienststellen (einschließlich der Kriminalstationen) in den Altkreisen Schlüchtern, Gelnhausen und Hanau nun neu gebildeten Polizeidirektion Hanau.

In diesem neuen Tätigkeitsgebiet lagen seine besonderen Themenschwerpunkte auf der Abschaffung von Dienstgradabzeichen, dem Forcieren der zweigeteilten Laufbahn sowie darauf, der Öffentlichkeit die Belastung der Polizei deutlich zu machen, um dadurch deren Stellenwert anzuheben und letztendlich eine Erhöhung der Besoldung zu erreichen. Zudem war er in den 1980er-Jahren stark in die Versorgung der damals auf der Startbahn 18-West eingesetzten Polizeibeamten involviert.

Bernhard Langer gehörte viele Jahre über die GdP dem Hauptpersonalrat der hessischen Polizei an. Nachdem er am 1. April 1982 zum EPHK befördert worden war, wurde er durch Verfügung des damaligen Personalbewirtschafters, dem Regierungspräsidiums Darmstadt, mit Wirkung vom 20. August 1982 für den Hauptpersonalrat der hessischen Polizei freigestellt. Wenige Tage nach seinem 60. Geburtstag wurde er am 28. November 1994 in den Ruhestand versetzt.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass Bernhard Langer gemeinsam mit zwei weiteren Kollegen, Heinz Pult und Oswin Karolus, die „Polizeisozialhilfe Hessen e. V.“ (PSHH) gegründet hatte. Die PSHH kümmert sich noch heute um in Not geratene

Polizeibedienstete des Landes Hessen. Bernhard Langer wohnte zuletzt, gemeinsam mit seiner Ehefrau Theresia, im eigenen Heim in der Hanauer Weststadt. Der Verstorbene hinterlässt seine Ehefrau, drei Töchter, einen Sohn und mehrere Enkel. Abschließend ebenfalls nicht unerwähnt soll sein, dass Bernhards Sohn seinerzeit in die Fußstapfen seines Vaters getreten und beim HLKA beschäftigt ist. Die Trauerfeier fand am 3. Mai 2024 im kleinen Kreis auf dem Friedhof in Hanau-Kesselstadt statt. Der Landesvorsitzende der GdP Hessen, Jens Mohrherr, war ebenso vertreten wie der Bezirksgruppenvorsitzende von Südosthessen, Markus Hüschentbett, und einige alte Weggefährten.

Norbert Tumbrägel,
Seniorengruppe Kreisgruppe Main-Kinzig

Der am 22. November 1934 in Neiße/Oberschlesien (heute: Nysa/Polen) geborene Bernhard Langer hatte nach seiner Schulzeit zunächst den Beruf des Bau- und Möbelschreiners erlernt. Nach erfolgreichem Abschluss dieser Lehre trat er am 1. April 1954 in den Polizeidienst ein, durchlief in seinem neuen Beruf die damals üblichen Ausbildungsstationen und absolvierte im Jahre 1957 den Hauptwachtmeisteranwärterlehrgang (HAL).

Danach versah er zunächst mehrere Jahre Dienst bei der Polizeiverkehrsbereitschaft (PVB) Butzbach, die später die Bezeichnung Polizeiautobahnstation (PAST) Butzbach führte. Gute zehn Jahre später, im Jahre 1968, wurde er nach erfolgreichem Abschluss des dafür erforderlichen Lehrgangs mit der Beförderung zum Polizeikommissar (PK) belohnt und einhergehend damit zum Polizeikommissariat Gelnhausen versetzt.